

Failed State

Das „Versagen“ eines Staates muss sich an etwas messen lassen, das „erfolgreich“ bzw. „normal“ ist. Also muss ein „normaler“ Staat da sein. Der buchstäblich die Norm darstellt. Aber welche Norm? Die *ethische* oder die *statistische* Norm? Da gibt es grundsätzliche Unterschiede: In den Verkehrsnachrichten höre ich gelegentlich, dass „auf den Bayrischen Straßen normaler Verkehr“ herrsche. Gemeint ist damit Verkehr ohne Staus, ohne Unfälle o.ä. Das ist aber klarerweise die ethische Norm, die unterstellt, dass alle Autofahrer absolut gesetzestreue, rationale, rücksichtsvolle, kurz: perfekte Menschen und dass alle Straßen in perfektem Zustand sind. Tatsächlich sind sie das nicht, sodass ich *normalerweise* in den Verkehrsnachrichten höre, dass es beispielsweise auf der A 9 zwischen Pegnitz und Trockau einen Stau wegen eines Unfalls gebe. Das ist die statistische Norm: *normalerweise* passiert eben immer etwas, das nicht der ethischen Norm entspricht: „Auf bayrischen Straßen herrscht normaler Verkehr“ müsste also genau genommen heißen: Es gibt gerade diesen oder jenen Unfall, außerdem stören mehrere Baustellen den Verkehrsfluss usw.

Was nun bedeutet das für den *failed state*? Nun, nehmen wir mal die ethische Norm: Der zufolge hat der Staat das Gewaltmonopol und macht das Territorium sicher für die Bürger. Er ermöglicht und sichert – gemäß der Verfassung Bhutans oder der Unabhängigkeitserklärung der USA – das „Streben nach Glück“ für seine Bürger. Dem zufolge sind die USA klarerweise ein *failed state*, weil es dort faktisch ein staatliches Gewaltmonopol nur in eingeschränktem Maße gibt. Und nach der statistischen Norm? Wie viele Gesetzesbrüche, wie viele Morde, Steuerhinterziehungen, Korruptionsakte usw. kann man noch als irgendwie „normal“ ansehen, ab wann beginnt das Staatsversagen? Was, wenn bspw. Korruption „systematisierte, in der Verfassung verankerte Korruption“ (v. Klavere 1957: 294) ist, also der betreffende Staat ohne Korruption gar nicht funktionieren würde, wie es auch in Europa noch vor 400 Jahren normal war? Zumindest statistisch, womöglich aber auch ethisch, weil unser heutiger „westlicher“ Korruptionsbegriff erst ab dem 17. Jhd. als Kampfbegriff der Modernisierer gegen die „Verrottetheit“ des Feudalwesens auftaucht.

Im 19. Jhd., dem Jahrhundert der (Er-)Findung des Normalen, der Normen und damit der Devianz von der Normalität (vgl. z.B. Escobar 1992: 132ff) wurde der europäische *Nationalstaat* als ethische Norm gesetzt. Diese

„erforderte“ die weltweite Normalisierung von Staatlichkeit – eine patente Rechtfertigung des Kolonialismus als „zivilisatorischer Mission“. Mit der Überführung dieser „zivilisatorischen Mission“ in „Entwicklungsplanung und -management“ wurde „nation building“ ein Maßstab für zivilisatorischen Fortschritt. Der (idealisierte) Staat der Industrieländer wurde die Norm für die „unterentwickelten“ Länder. In anderen Worten: Die „westlichen Demokratien“ wurden zum universalen Referenzsystem, dem die „despotischen Regimes“, die (post)sozialistischen Diktaturen usw. nachzueifern hatten.

Da es also seine Tücken hat mit der Norm, an der das Staatsversagen gemessen werden soll, was dann? Nun, das Problem ist der universale Ansatz, der überhaupt die Bedingung ist, um von „Staatsversagen“ reden zu können. An seine Stelle können wir spezifische Analysen der jeweiligen Staatsformen setzen. Das ist auch schon teilweise geschehen, z B. in Bezug auf afrikanische Staaten. So gibt es beispielsweise die zwar entgegengesetzten, aber gerade deshalb interessanten Konzepte von Jean-Francois Bayart einerseits sowie Patrick Chabal und Jean-Pascal Daloz andererseits. Bayart stützt seine Argumente auf eine „Geschichte der langen Zeitdauer“ (Fernand Braudel): Die Herrscher der afrikanischen staatlichen Gebilde hatten nach innen betrachtet keine starke Machtbasis. Verwandtschaftsgruppen und Dorfgemeinschaften bildeten starke Gegengewichte. Deshalb waren die Herrscher dieser Staatengebilde darauf angewiesen, durch externe Machtquellen ihre Herrschaft zu erringen bzw. zu sichern. Bayart spricht deshalb von „Extraversion“, die auch für die koloniale und postkoloniale Zeit typisch sei. Der daraus resultierende häufige Wechsel der Machtkonstellationen mag uns chaotisch erscheinen, von der statistischen Norm her gesehen ist er ganz normal.

Chabal und Daloz dagegen sehen in der afrikanischen Staatlichkeit keine Überreste von „Tradition“. Sie sehen in den „chaotischen“ Ereignissen nicht „Rückständigkeit“ und „Unterentwicklung“, sondern rationales Handeln. In aller Kürze gesagt sehen sie das scheinbare Chaos in Afrika als ein strategisches politisches Werkzeug der Herrschenden. Bemerkenswert auch die Analyse von Basil Davidson, der gerade in der (erzwungenen) Übernahme der „westlichen“ ethischen Norm den „Fluch des Nationalstaats“ sieht, der die afrikanischen Staaten als schwache Staaten in der Abhängigkeit von den „westlichen“ Staaten hält. Was sich hinter der scheinbaren Schwäche afrikanischer Staaten verbirgt, darüber gibt Gerhard Hauck (2004) einen ausgezeichneten Überblick: Er argumentiert, dass ein Staat mit „Regulationsmacht“ aus der Perspektive der Herrschenden gar nicht erwünscht ist. Stattdessen *funktionieren* die afrikanischen Staaten jeweils unterschiedlich als starke „Akkumulationssicherungsmacht“ (vgl. Hauck 2004: 411ff).

Solche Arbeiten können mit der Zeit zum Auffinden einer *statistischen* Norm für afrikanische Staaten führen, wodurch der „failed state“ ganz anders zu bestimmen wäre.

Eine in vieler Hinsicht entgegengesetzte Debatte gab es unter dem Stichwort „Asiatische Werte“ (einen Überblick geben Klaus Geiger und Manfred Kieserling 2001): Von den Vertreter*innen der „Asiatischen Werte“ wird der universale Anspruch des „westlichen“ Staates als überheblich zurückgewiesen. Vielmehr sei es so, dass die „westlichen“ Staaten „sklerotisch“ geworden seien und deshalb auf dem Weg ins Staatsversagen. Viele Staaten Asiens dagegen seien, gerade weil sie den Verlockungen „westlicher“ Liberalität widerstanden haben, wirtschaftlich erfolgreiche starke Staaten geworden, dies freilich auf der Basis patriarchal-autoritärer Politikformen und entsprechender, häufig neokonfuzianischer Vorstellungen über die Familie und deren Bedeutung für die Gesellschaft.

Aus dem bisher Erörterten müssen weiterführende Schlussfolgerungen gezogen werden: „Unsere“ Versuche, erst in „schlechten“ Staaten „Regimewechsel“ herbeizuführen, damit ein „normaler“ Staat entstehen kann, und diesen „versagenden“ Staaten den nach unseren Wünschen „normalen“ Staat dann aufzudrücken, haben erstens keinen wirklich gültigen Maßstab und bringen zweitens unvermeidbar erst recht Chaos und Zusammenbruch. Und danach kann mit Sicherheit auch kein normaler Staat entstehen, weil es eben keinen normalen Staat gibt und alle bisherigen Staaten in irgendeiner Form *failed states* waren oder sind (bzw. je nach Standpunkt – siehe Chabal & Daloz und Hauck – eben nicht).

Tilman Schiel

Literatur

- Bayart, Jean-Francois (1993): *The State in Africa. The Politics of the Belly*. London, New York, US-NY.
- Chabal, Patrick, & Jean-Pascal Daloz (1999): *Africa Works. Disorder as Political Instrument*. Oxford & Bloomington, US-IN.
- Davidson, Basil (1992): *The Black Man's Burden. Africa and the Curse of the Nation-State*. Oxford u.a.
- Escobar, Arturo (1992): „Planning“. In: Sachs, Wolfgang (Hg.): *The Development Dictionary. A Guide to Knowledge and Power*. Johannesburg u.a.
- Geiger, Klaus, & Manfred Kieserling (2001) (Hg.): *Asiatische Werte. Eine Debatte und ihr Kontext*. Münster.
- Hauck, Gerhard (2004): „Schwache Staaten? Überlegungen zu einer fragwürdigen entwicklungspolitischen Kategorie“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 96, S. 411-427.
- v. Klaveren, Jacob (1957): „Die historischen Erscheinungen der Korruption in ihrem Zusammenhang mit der Staats- und Gesellschaftsstruktur betrachtet“. In: *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 44, Nr. 4, S. 289-324.